

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #21

März 2021

Landtagswahl Baden-Württemberg 2021

Ergebnisse und Analysen

STEFANIE JOHN

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».*

Die Publikation ist unter Mitarbeit von Jette Bergen, Jana Heyde und Ole Meinefeld entstanden – dafür herzlichen Dank!

Soweit nicht anders angegeben, basiert die Schnellanalyse zur Landtagswahl Baden-Württemberg auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf Daten der Landeswahlleiterin und des Statistisches Landesamts Baden-Württemberg. Die Analysen beziehen sich auf Angaben zum vorläufigen Endergebnis (Stand: Montag, 15. März 2021).

Inhaltsverzeichnis

1	Kontext der Wahl	3
2	Wahlergebnis	3
2.1	Wahlbeteiligung	3
2.2	Stimmenverteilung	4
2.3	Direktmandate	5
2.4	Sitzverteilung im Landesparlament und Koalitionsperspektiven	6
2.5	Politische Repräsentation von Frauen	7
3	Politische Stimmung vor der Wahl.....	8
3.1	Allgemeine Stimmung	8
3.2	Regierungszufriedenheit	9
3.3	Wichtige Themen und Kompetenzzuschreibung.....	9
4	Wahlverhalten im Detail.....	11
4.1	Individuelle Motive der Wahlentscheidung	11
4.2	Wählerwanderung	12
4.3	Soziodemografische Besonderheiten im Wahlverhalten.....	13
4.4	Detaillierte regionale Befunde zum Wahlverhalten	14

1 Kontext der Wahl

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben ein Superwahljahr mit sechs Landtagswahlen und einer Bundestagswahl eröffnet. Es waren auch die ersten Landtagswahlen in der Geschichte der Bundesrepublik, die unter Pandemie-Bedingungen stattfanden. Die Covid-19-Pandemie zieht für die Durchführung der Wahlen und den politischen Wettbewerb eine Reihe von Besonderheiten nach sich. Als herausfordernd stellten sich in den Vorbereitungen nicht nur organisatorische Fragen heraus, etwa wie die Wahl durchgeführt und welcher Stellenwert den Briefwahlen zukommt, sondern auch, wie es Parteien überhaupt gelingt, Wähler/innen zu erreichen, zu mobilisieren und mit ihnen in Austausch zu treten.

In Baden-Württemberg finden alle fünf Jahre Landtagswahlen statt. Die Wähler/innen in Baden-Württemberg haben dabei nur eine Stimme, mit der sie über die Direktmandate aus den 70 Wahlkreisen entscheiden. Zum anderen zählt diese Stimme, um die politischen Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu ermitteln. Neben den 70 Direktkandidat/innen ziehen mindesten 50 weitere Abgeordnete über ein sogenanntes Zweitmandat entsprechend der Verhältnisregel ein. Entspricht die sich daraus ergebene Sitzverteilung nicht der Gesamtstimmenverteilung, dann erhalten die Parteien Ausgleichsmandate, sodass die Zusammensetzung des Landtags letztlich die Gesamtstimmenverteilung widerspiegelt. Somit kann der Landtag seine Zielgröße von 120 Abgeordneten überschreiten.

Zur Wahl angetreten sind 21 Parteien und 8 Einzelbewerber/innen.

2 Wahlergebnis

2.1 Wahlbeteiligung

An der Wahl beteiligten sich 63,8 Prozent der Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung liegt damit deutlich unter dem Niveau der Landtagswahl 2011 (minus 6,6 Prozentpunkte), sie bleibt aber signifikant über dem historischen Tief in der Wählermobilisierung im Jahr 2006 (53,4 Prozent Wahlbeteiligung). Ob und in welchem Grad die Pandemie auch für das Absinken der Wahlbeteiligung verantwortlich ist, kann gegenwärtig nicht belastbar gesagt werden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie gaben 50 Prozent der Wähler/innen ihre Stimme per Briefwahl ab, ein historischer Wert für das Bundesland. In Rheinland-Pfalz lag der Briefwähleranteil nochmals höher (65,9 Prozent). Ursächlich für diesen höheren Briefwähleranteil könnte das vereinfachte Briefwahlverfahren sein, das Rheinland-Pfalz pandemiebedingt verabschiedet hat. Gut 7,7 Millionen Personen waren wahlberechtigt, davon ca. 500.000 Erstwähler/innen.

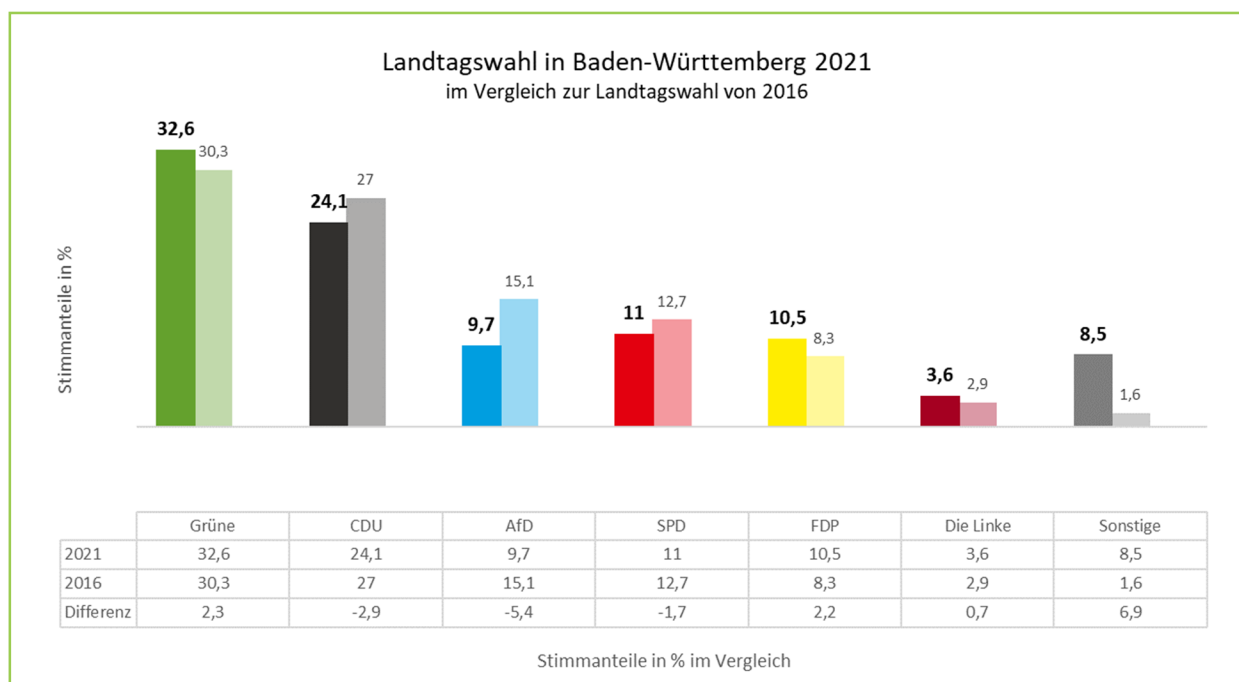
2.2 Stimmenverteilung

Die amtierenden Regierungsparteien gehen sehr unterschiedlich aus der Wahl heraus: Den Grünen sind anders als 2017 in der alleinigen Spitzenposition und können ihr Ergebnis von 30,3 Prozent bei der letzten Wahl um 2,3 Prozentpunkte auf 32,6 Prozent verbessern. Die CDU als Junior-Regierungspartnerin erfährt einen Verlust (minus 2,9 Prozentpunkte) und erreicht mit nur 24,1 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Landesgeschichte.

Bei den Wahlergebnissen der Oppositionsparteien zeigen sich deutliche Veränderungen: Die AfD hat ihre Rolle als zuletzt stärkste Oppositionspartei verloren. Nach massiven Verlusten von 5,4 Prozentpunkte erreicht sie nur noch 9,7 Prozent. Die SPD verliert auch in dieser Wahl und liegt nun bei 11,0 Prozent (-1,7 Prozentpunkte). Die FDP gewinnt deutlich hinzu und erzielt 10,5 Prozent (+2,2 Prozentpunkte).

Der Spitzenplatz für die Grünen ist mit Blick auf die Parteiumfragewerte in den Wochen vor der Wahl nicht überraschend. Trotz einer auch in Baden-Württemberg schlechter werdenden Stimmung aufgrund von Problemen im Corona-Krisenmanagement wird die Regierungsarbeit der Grünen als weitgehend gut bewertet und bleibt die Zustimmung für Winfried Kretschmann ungebrochen hoch, wenngleich auf einem niedrigeren Wert als in der Vergangenheit (vgl. hierzu Abschnitt 3).

Abbildung 1: Wahlergebnis Landtagswahl Baden-Württemberg 2021

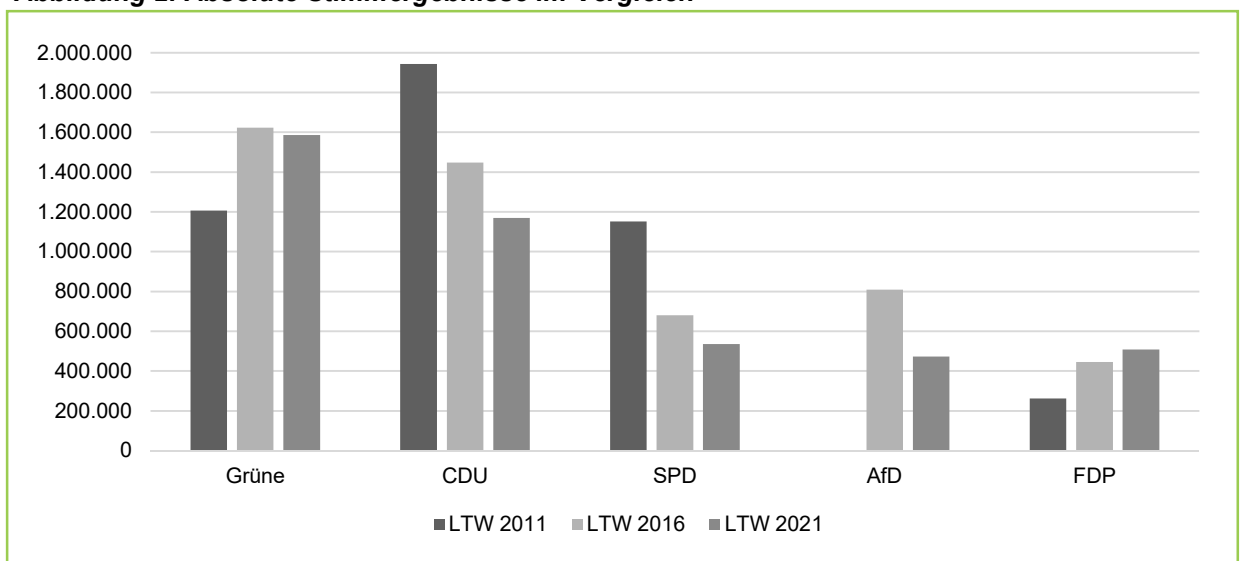


Ergebnisse der Landtagswahl in Prozent; vorläufiges amtliches Endergebnis; Veränderungen zur Landtagswahl 2016 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Landeswahlleiterin und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Werden nicht die relativen Veränderungen betrachtet, sondern die absoluten Stimm-
 ergebnisse im Zeitverlauf, dann zeigen sich einige Auffälligkeiten. Nachdem die
 Grünen 2016 massiv an absoluten Stimmen gewonnen haben (+416.925), verlieren
 sie bei der aktuellen Wahl geringfügig (-37.204). Aus den Schätzungen zu den
 Wählerwanderungen lässt sich erkennen, dass der Anteil der Stammwähler/innen –
 also der Wahlberechtigten, die die Grünen auch bei der letzten Wahl gewählt haben
 – inzwischen gut 61 Prozent beträgt und damit im Vergleich zur letzten Wahl ange-
 stiegen ist (+13,6 Prozentpunkte).

Deutlich stärker als bei den Grünen sind die absoluten Stimmenverluste von CDU,
 SPD und AfD. Für SPD und CDU setzt sich der Abwärtstrend bei den absoluten
 Stimmen fort, gleichwohl der Stimmenrückgang bei der SPD deutlich moderater als
 bei der CDU ausfällt. Beachtlich ist das Ausmaß des Stimmenverlustes für die AfD,
 die bei dieser Wahl rund 41,5 Prozent an Wählerstimmen verliert (2016: 809.564;
 Veränderung: -336.255). Die FDP gewinnt als einzige Partei an Wählerstimmen
 hinzu (Veränderung: +62.780).

Abbildung 2: Absolute Stimmerngebnisse im Vergleich



Absolute Gesamtstimmen der Landeslisten im Zeitvergleich 2011-2021; Datengrundlage: Landes-
 wahlleiterin und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

2.3 Direktmandate

Die Verteilung der Direktmandate gibt noch einmal besonderen Aufschluss über Dy-
 namiken des Wahlwettbewerbs. Die Direktmandate verteilen sich ausschließlich auf
 Grüne und CDU. In 58 von 70 Wahlkreisen erhielten die Grünen die meisten Stim-
 men, während in den restlichen 12 die CDU ihre Direktmandate verteidigen konn-
 ten. Damit haben die Grünen im Vergleich zur letzten Landtagswahl 12 Direktman-
 date hinzugewonnen.

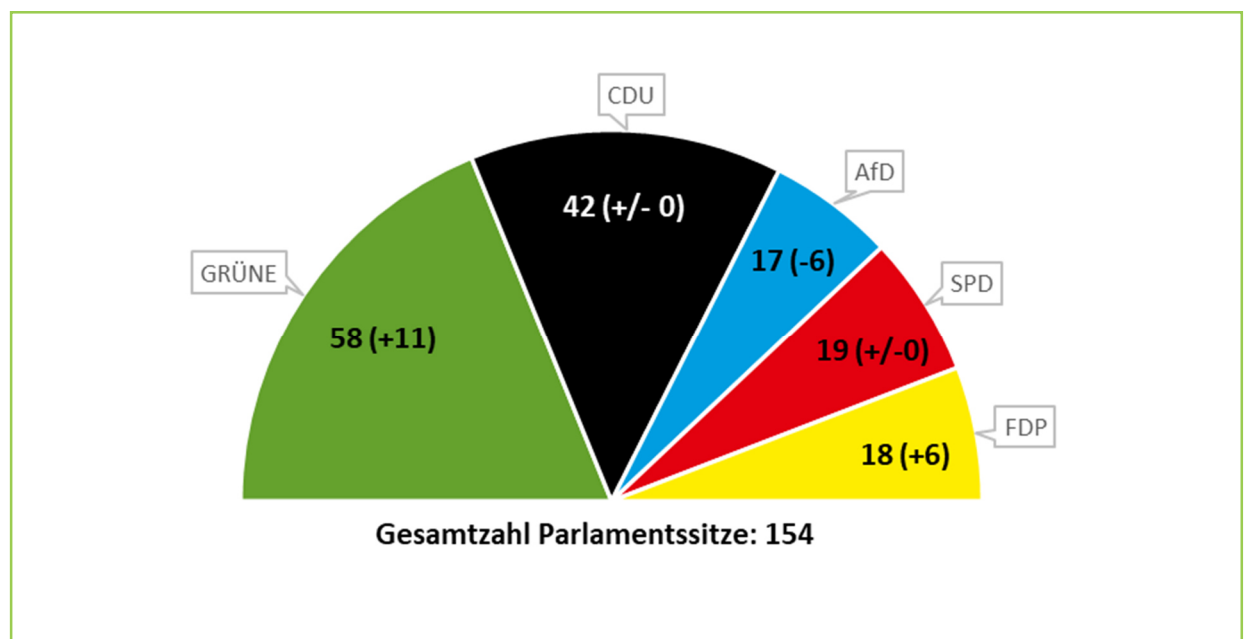
Die Grünen konnten sämtliche Direktmandate, die ihre Kandidat/innen in 2016 gewannen, 2021 verteidigen. Darüber hinaus haben sie zehn Direktmandate hinzugewonnen, die 2016 an die CDU gingen. Besonders bemerkenswert ist, dass die Grünen zudem zwei Direktmandate in Wahlkreisen erhielten, die in der Landtagswahl von 2016 an die AfD gingen. Die Wahlentscheidung war in beiden Fällen deutlich: In Pforzheim lag der Vorsprung für die Grünen bei 10,4 und in Mannheim I bei 15,1 Prozentpunkten.

Nicht immer jedoch konnten die Grünen die Wahlkreise mit einem so signifikanten Vorsprung gewinnen. In einigen Wahlkreisen kam es durchaus zu sehr knappen Entscheidungen zwischen der CDU und den Grünen. In sechs Wahlkreisen lagen zwischen den Stimmanteilen von CDU und Grünen weniger als 1 Prozentpunkt. In Wangen und Backnang entschied sich der Zweikampf zu Gunsten der Grünen, während Geislingen, Rottweil und Bruchsal weiterhin durch Abgeordnete der CDU vertreten werden. In diesen spezifischen Konstellationen erwies sich die neugegründete Klimaliste als ein mitentscheidender Faktor. Hätten ihre Wähler/innen in diesen drei Wahlkreisen stattdessen ihr Kreuz bei den Grünen gesetzt, wären alle drei Direktmandate an die Grünen gegangen.

2.4 Sitzverteilung im Landesparlament und Koalitionsperspektiven

Im Landesparlament sind weiterhin fünf Parteien mit Fraktionsstatus vertreten. Die Vergabe von Ausgleichsmandaten führt dazu, dass dem Landtag nun 154 Abgeordnete angehören werden (+11 Sitze).

Abbildung 3: Sitzverteilung Landtag



Sitze (absolut) im Vergleich zur letzten Landtagswahl (vorläufiges Endergebnis). Datengrundlage: Landeswahlleiterin und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Die Veränderungen in der Sitzverteilung zum vorherigen Landtag sind erheblich: Die Grünen gewinnen 11 Mandate hinzu. Die CDU ist weiterhin mit 42 Abgeordneten im Landtag vertreten, verliert aber aufgrund des vergrößerten Landtags an Kraft. Damit verfügen Grüne und CDU gemeinsam über knapp 65 Prozent der Sitze. Die Fortsetzung der grün-schwarzen Koalition bleibt damit eine rechnerisch wie politisch mögliche Option für die Regierungsbildung.

Darüber hinaus ist nun jedoch auch die Option einer Ampelkoalition politisch denkbar, die 2016 nur eine rechnerische Mehrheit bildete. Grüne, SPD und FDP würden mit gemeinsam knapp 62 Prozent der Landtagsabgeordneten ebenfalls über eine komfortable Stimmenmehrheit verfügen. Bereits im Vorfeld der Wahlen signalisierten Vertreter/innen der Parteispitzen ihre Offenheit für eine Ampelkoalition und bestärkten diese am Wahlabend.

In den nun kommenden Sondierungsgesprächen wird sicher im Vordergrund stehen, in welcher der beiden Konstellationen die Grünen die Potenziale für ihre Kernanliegen in Baden-Württemberg am ehesten ausschöpfen können. Auch wenn landespolitische Anliegen im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen stehen werden, wird von der Koalitionsbildung auch eine bundespolitische Signalwirkung für den Parteienwettbewerb ausgehen.

Während die Grünen unter Ministerpräsident Kretschmann beide politisch denkbaren Koalitionsoptionen in Sondierungsgesprächen mit CDU, SPD und FDP eruiert werden, scheinen die Wählenden die Fortsetzung der grün-schwarzen Koalition zu favorisieren. Im Vorfeld der Wahlen befürwortet knapp die Hälfte der Befragten die Fortführung der bisherigen Regierungskoalition, eine Ampelkoalition findet dagegen bisher deutlich weniger Unterstützung (Politbarometer Extra 03/2021; KW09). Entsprechend wäre die Regierungstätigkeit einer potenziellen Ampelkoalition sicherlich in ihrer Anfangsphase auch mit einem gewissen Maß an Überzeugungsarbeit verbunden.

2.5 Politische Repräsentation von Frauen

Bei der Landtagswahl haben sich insgesamt 830 Personen über Listen von Parteien und Wählervereinigungen sowie als Einzelkandidat/innen um ein politisches Mandat beworben. Davon waren gut 27 Prozent Frauen.

Aufschlussreich ist der Blick auf die deskriptive Repräsentation von Frauen in den Parteien, die im Landtag vertreten sein werden (siehe **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Als erstes sind beachtliche Unterschiede zwischen dem Bewerberfeld und der Zusammensetzung der Fraktionen erkennbar. Diese Unterschiede resultieren aus den Wahlentscheidungen und hängen eng mit dem besonderen Wahlrecht in Baden-Württemberg zusammen: Da in Baden-Württemberg mit nur einer Stimme Personen und keine Listen gewählt werden, können Parteien nicht auf das Instrument einer paritätisch besetzten Liste zurückgreifen.

Während mit den Wahlentscheidungen die Repräsentation von Frauen bei den Grünen gestiegen ist, sinkt sie signifikant in den anderen Parteien. Besonders auffällig ist das veränderte Geschlechterverhältnis bei der SPD. Als zweites zeigen sich deutliche Niveauunterschiede in den Frauenanteilen zwischen den Parteien.

Gemittelt über alle Parteien, werden im zukünftigen Landtag etwa 29 Prozent der Abgeordneten Frauen sein. Damit ist die deskriptive Repräsentation von Frauen im Landesparlament im Vergleich zum letzten Landtag leicht gestiegen, bleibt aber im bundesweiten Vergleich immer noch vergleichsweise niedrig (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Pressemitteilung 43/2021).

Tabelle 1: Repräsentation von Frauen

	Bewerber/innen			Mandatsträger/innen			Veränderung zum vorherigen Landtag (Prozentpunkte)
	Gesamt	davon Frauen	Frauenanteil	Männer	Frauen	Frauenanteil	
SPD	70	25	35,7	16	3	15,8	5,3
Grüne	70	32	45,7	30	28	48,3	1,5
CDU	70	22	31,4	31	11	26,2	2,9
FDP	69	14	20,3	16	2	11,1	2,8
AfD	65	4	6,2	16	1	5,9	-7,5
Insgesamt	344	97	28,2	109	45	29,2	2,6

Bewerber/innen (gesamt, Doppelbewerber/innen bereinigt; absolut) sowie Mandatsträger/innen nach Wahl 2021 (absolut; Anteil in Prozent; vorl. Endergebnis); Quelle: <https://kandidaten-check.swr.de/landtagswahl-2021-bw/>; Abruf: 11.03.2021. Mandatsträger/innen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

3 Politische Stimmung vor der Wahl

3.1 Allgemeine Stimmung

Die Covid-19-Pandemie prägt in hohem Maße die politische Stimmung vor der Wahl: Der Umgang mit der Pandemie wird als das derzeit wichtigste Thema bewertet. Viele Bürger/innen stehen den politischen Angeboten der Parteien zur Bekämpfung der Pandemie skeptisch gegenüber, obwohl die Durchführung von Schutzmaßnahmen von ihnen als angemessen bewertet wird. Kritisch bewertet wird dabei vor allem das Corona-Krisenmanagement in Deutschland (63 Prozent sind wenig bis gar nicht zufrieden, Stand März 2021; infratest), auch in Baden-Württemberg überzeugt es vor der Wahl nicht mehr mehrheitlich (56 Prozent sind wenig bis gar nicht zufrieden, Stand März 2021; infratest).

Im Verlauf der Pandemie verschlechtert sich auch die Bewertung der wirtschaftlichen Lage. Bewerteten noch vor einem Jahr 71 Prozent die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg mit gut bis sehr gut, nahmen die Sorgen der Bürger/innen bis kurz vor der Wahl diesbezüglich deutlich zu. Nur gut die Hälfte bewertet die Situation noch mit gut bis sehr gut (infratest Baden-Württemberg Trend März 2020,

Februar 2021). Während vor einem Jahr die positive Haltung zur wirtschaftlichen Situation nahezu von Anhänger/innen aller Parteien geteilt wird (Ausnahme: AfD-Anhänger/innen), wird die Sorge über die wirtschaftliche Lage kurz vor der Wahl nicht mehr nur von AfD-Parteianhänger/innen geäußert, sondern auch deutlich stärker von Anhänger/innen von FDP, CDU und den Grünen.

3.2 Regierungszufriedenheit

Kurz vor der Wahl ist etwa die Hälfte der Wahlberechtigten mit der Regierungsarbeit zufrieden. Ein Wert, der deutlich hinter dem Wert der grün-roten Vorgängerregierung am Ende der letzten Legislaturperiode zurückbleibt (70 Prozent, Infratest Wahlreport Baden-Württemberg 2016: 19). Anders als die mitregierenden Christdemokrat/innen (34 Prozent) erhalten die Grünen in der aktuellen Landesregierung eine überwiegend positive Bewertung für ihre Regierungsarbeit (52 Prozent), weit über die eigene Parteianhängerschaft hinaus.

Die Grünen können mit Winfried Kretschmann auf einen sehr populären Spitzenkandidaten setzen, der als integrative Führungsfigur hohes Vertrauen in weiten Teilen der Wählerschaft genießt (71 Prozent). Demgegenüber konnte die christdemokratische Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann mit 22 Prozent keine signifikante Zahl von Wähler/innen von sich überzeugen, auch nicht in der CDU-Anhängerschaft.

3.3 Wichtige Themen und Kompetenzzuschreibung

Im Vorfeld der Wahlen geben die Bürger/innen neben dem Umgang mit der Corona-Pandemie weitere zentrale Anliegen an: Dazu zählen Schule/Ausbildung, Klimaschutz und Energiewende, die wirtschaftliche Lage und Infrastrukturthemen, die von Mobilität/Verkehr bis hin zur flächendeckend guten Internetverbindung reichen.

Im Hinblick auf von Bürger/innen den Parteien zugeschriebenen Kompetenz von Parteien lassen sich in Baden-Württemberg interessante Dynamiken erkennen:¹

Zunächst wird den Grünen eher die Lösung wichtiger Aufgaben in Baden-Württemberg zugetraut als der mitregierenden CDU. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik und – trotz rückläufiger Bewertung – natürlich beim Umwelt- und Klimaschutz liegen die Grünen im Kompetenzurteil in Baden-Württemberg vor ihren Wettbewerbern, ebenso beim Umgang mit der Corona-Krise. Auffällig ist ferner, dass den Grünen Kompetenz in den Bereichen zugesprochen wird, die traditionell zu den Kernkompetenzen der SPD gehören (z.B. soziale Gerechtigkeit) und hierbei markante Unterschiede zwischen den beiden Parteien abnehmen, da die SPD an Kompetenzzuschreibung verliert. So zeigen die Untersuchungen der Wahlforschungsinstitute,

¹ Die Ausführungen zu den einzelnen Parteien fußen auf der Vorwahlanalyse von infratest dimap.

dass die SPD bei der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik im Vorfeld dieser Wahl ihre historisch schlechtesten Kompetenzwerte in Baden-Württemberg erzielt.

Die mitregierende CDU scheint hingegen zunehmend an Kompetenzzuschreibung zu verlieren. Die größte sachpolitische Kompetenz sehen vier von zehn Wahlberechtigten im Land bei der CDU, wenn es um innere Sicherheit und Wirtschaftsfragen geht. Einbußen verbucht sie dagegen in dem landespolitisch zentralen Politikfeld Bildung. Nur ein knappes Viertel ist der Auffassung, die CDU sei am ehesten in der Lage, die wichtigsten Aufgaben des Landes zu bewältigen.

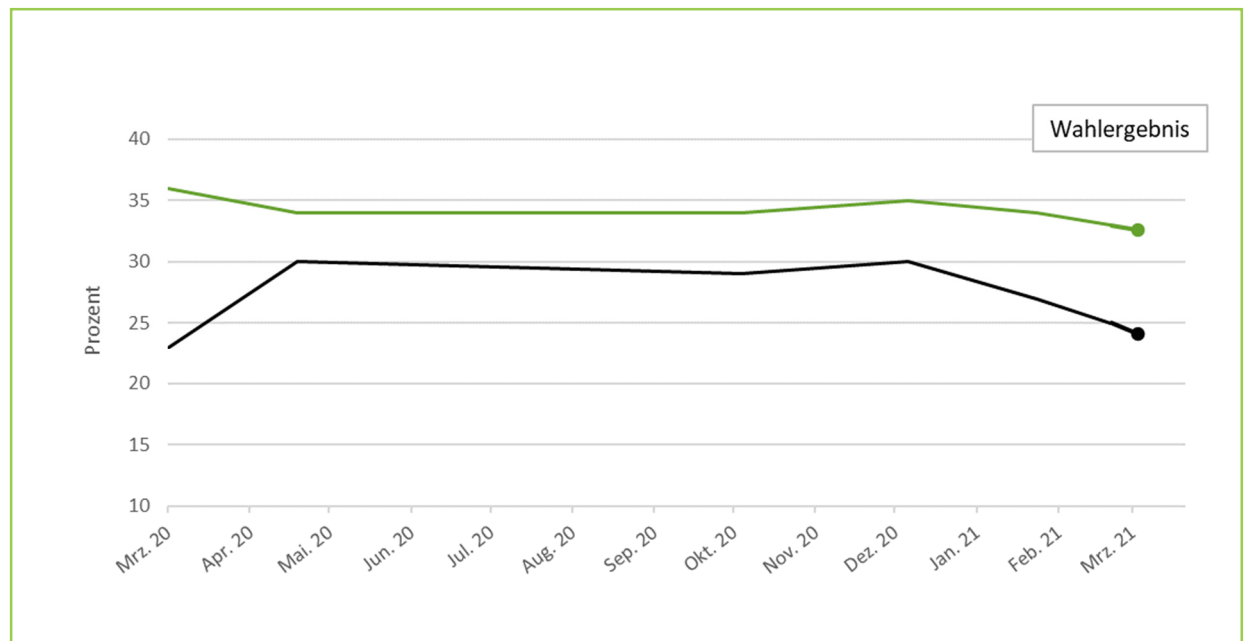
Der FDP wird sachpolitisch insbesondere im Bereich der Wirtschaft und im Bereich der Digitalisierung Kompetenz zugesprochen. Anders als bei CDU und SPD wächst das Zutrauen in ihre Kernkompetenzen.

Auch wenn die AfD im Vorfeld der Wahl vermehrt mit Kritik am Corona-Krisenmanagement aufgetreten ist, bleibt ihr zentrales Mobilisierungsthema der Bereich Zuwanderung und Migration. Migrationsthemen gehören jedoch in der aktuellen politischen Diskussion und auch bei der Problemwahrnehmung nicht zu den zentralen Themen.

Die unterschiedlichen Dynamiken in der Kompetenzzuschreibung zeigen deutlich auf, dass insbesondere CDU und SPD in Baden-Württemberg an Kompetenzzuschreibung in ihren Kernanliegen verlieren und unter Druck geraten. Letztlich sind die Landesverbände der Volksparteien mit ähnlichen Problemen konfrontiert.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Grünen ihren Vorsprung gegenüber der CDU deutlich halten können. Am Ende konnten die Grünen in Baden-Württemberg vom Spitzenkandidat, der Kompetenzzuschreibung *und* den Themen profitieren (siehe auch Abschnitt 4). So resümiert infratest dimap, dass die Akzeptanz für die Positionen der Partei in den letzten Jahren über ein klassisch grünes Wählermilieu weit hinausgewachsen sei. Es bestehen zwar durchaus weitere Vorbehalte gegenüber grünen Positionen, aber gut die Hälfte der Wahlberechtigten im Bundesland meint, die Partei vertrete Werte und Ziele, die einem selbst wichtig seien.

Abbildung 4: Duell zwischen Grünen und CDU – Vorwahlumfragen und Wahlergebnis



Umfragewerte vor der Landtagswahl: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn kommenden Sonntag in Baden-Württemberg Landtagswahlen wären? (infratest) und vorläufiges amtliches Endergebnis (Landeswahlleiterin).

4 Wahlverhalten im Detail

4.1 Individuelle Motive der Wahlentscheidung

Wahlmotive setzen sich häufig aus der Trias Kandidierende, Programmatik und Parteibindung zusammen. Ergänzend lassen sich im Vergleich zwischen den Parteien auch aus der emotionalen Dimension aufschlussreiche Erkenntnisse ableiten.

Zunächst zeigt sich bei den Grünen, dass sie im hohen Maße vom Kandidat Kretschmann profitieren. Dieses Ergebnis überrascht wegen der hohen parteiübergreifenden Beliebtheit des amtierenden Ministerpräsidenten keineswegs. Allein das ist jedoch nicht ausreichend: Programmatik und damit grüne Anliegen sind ein weiterer wichtiger Faktor, aufgrund dessen die Grünen bei der Landtagswahl gewählt wurden.

Besonders deutlich können Grüne, CDU und SPD von Wählenden profitieren, die sie aus Überzeugung wählen. Die Landesverbände der beiden Volksparteien können noch am stärksten von der Parteibindung profitieren.

Auffallend sind zwei weitere Ergebnisse: Als erstes speist sich der Wahlerfolg der FDP stärker aus Wähler/innen, die enttäuscht von andere Parteien sind und weniger aufgrund von Überzeugung. Das könnte für die FDP durchaus mit der Schwierigkeit verbunden sein, diese Wählenden langfristig an sich zu binden – etwa wenn die anderen Parteien „nachliefern“. Als zweites ist auffällig, dass die Bedeutung von

Protestwahl bei AfD-Wähler/innen deutlich gesunken, die Überzeugung von der Partei aber gestiegen ist. Berücksichtigt man zudem die Schätzungen aus der Wählerwanderung, wonach der Stammwähleranteil bei knapp 77 Prozent liegt, bedeutet das eine Verfestigung der verbliebenen Anhängerschaft, die sich zugleich in absoluten Zahlen verringert hat.

Tabelle 2: Motive der Wahlentscheidung

	Grüne	CDU	AfD	SPD	FDP	Linke						
Wahl aus...												
Überzeugung	72	2	66	-9	36	15	57	-14	36	-10	57	0
Enttäuschung	22	0	27	10	58	-12	33	12	57	11	38	1
Wahl wegen...												
Spitzenkandidat/in	40	-8	19	5	8	2	19	-2	15	1	5	-3
Sachfragen	46	2	42	-2	73	-4	50	8	73	8	84	5
Parteibindung	13	0	33	-1	7	4	24	-11	8	-7	10	0

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2016 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind / von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Alles in allem spielten die Themen Lage der Wirtschaft (22 Prozent), Umwelt/Klima (19 Prozent), Verkehr/Infrastruktur, soziale Sicherheit (16 Prozent), Bildung (15 Prozent), Bekämpfung der Corona-Pandemie (12 Prozent), Kriminalität (8 Prozent) und Zuwanderung (5 Prozent) eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung.

4.2 Wählerwanderung

Anhand der Wählerwanderung lässt sich auf der aggregierten Ebene relativ gut erkennen, welche Potenziale Parteien mobilisieren und über welche Parteigrenzen hinweg sich Wähler/innen bewegen. Die Landtagswahl 2016 war hier besonders, da es insbesondere den Grünen (+129.000) und der AfD (+209.000) gelungen ist, Potenziale im Nichtwählerlager abzuschöpfen. Auch ist es beiden Parteien gelungen, im Vergleich zu den anderen Parteien viele Erstwähler/innen zu gewinnen. Abgesehen von Wählerbewegungen durch den Zutritt der neuen Partei (AfD), profitierten Grüne und FDP besonders stark von Wählerströmen, während CDU und SPD auf einen Wählerstamm setzen konnten.

Die geringere Wahlbeteiligung bei der aktuellen Landtagswahl verweist bereits darauf, dass es den Parteien nicht gelungen ist, erneut das Nichtwählerpotenzial auszuschöpfen (siehe Anhang 1). Im Saldo verliert die AfD am stärksten ans Nichtwählerlager, der FDP gelingt es besser als den anderen Parteien ehemalige Nichtwähler/innen anzusprechen. Sowohl der FDP (+40.000) als auch der CDU (+70.000) ist es gelungen, ehemalige AfD-Wähler/innen zurückzugewinnen. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl setzen sich die Stimmen für die Grünen deutlich stärker aus ihrem Wählerstamm zusammen, d.h. aus Personen, die die Partei mindestens bei

einer Wahl zuvor gewählt haben. Die Grünen können erneut aus dem Wählerlager von CDU (+70.000) und SPD (+35.000) profitieren, die Mobilisierungswirkung bleibt aber deutlich unter dem Niveau der letzten Landtagswahl.

4.3 Soziodemografische Besonderheiten im Wahlverhalten

Wird das Wahlergebnis nach Altersgruppen aufgeschlüsselt, so zeigt sich: Die Grünen liegen bei allen Altersgruppen an erster Stelle. Zuwächse erhielten sie in der Gruppe der 18 bis 24-Jährigen und damit bei den Erstwähler/innen (+4 Prozentpunkte) und in der Altersgruppe 60+ (+7 Prozentpunkte). Während der Zustrom von Jungwähler/innen für die grüne Partei weniger überraschend ist – gelingt es doch den Grünen seit Jahren insbesondere jüngere Menschen zu erreichen – ist der Gewinn in der Altersgruppe 60+ durchaus eine Überraschung. Handelt es sich doch um eine Altersgruppe, von der in Baden-Württemberg die CDU immer besonders stark profitieren konnte und die nicht zur Stammwählerschaft der Grünen zählt. Für die Christdemokrat/innen wird es dagegen zunehmend schwieriger, Jungwähler/innen für sich zu gewinnen. Auffallend ist zudem, dass es der FDP sehr gut gelungen ist, Erst- und Jungwähler/innen bis 34 Jahre (+7 Prozentpunkte) und hier insbesondere junge Männer zu gewinnen (+6 Prozentpunkte).

Wie auch aus anderen Wahlen bekannt, unterscheidet sich das Wahlverhalten zwischen Frauen und Männern erheblich: Die Grünen werden signifikant mehr von Frauen gewählt und konnten zudem insbesondere die weibliche Wählerbasis kräftig ausbauen (+ 5 Prozent). Damit setzt sich hier ein Trend fort, der in Baden-Württemberg in den 1990er einsetzte (Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2016). CDU und SPD werden von Frauen und Männern in nahezu gleichem Ausmaß gewählt. Die AfD wird auch bei dieser Landtagswahl signifikant häufiger von Männern gewählt.

Nach Beruf- und Bildungsgruppen gefragt, zeigen sich bei dieser Wahl durchaus typische Muster, die aber durch neue Beobachtungen ergänzt werden:

Die Grünen werden besonders stark von Wähler/innen mit formal hoher Schulbildung, von Angestellten, Beamt/innen und – wie eben schon erwähnt bei – neuerdings auch Senior/innen gewählt. Dabei sticht die zusätzlich gewonnene Unterstützung durch Beamt/innen heraus. Obwohl die Grünen deutlich weniger von Arbeiter/innen als von anderen Berufsgruppen gewählt werden, geht das schwache Abschneiden der SPD in Baden-Württemberg damit einher, dass die Grünen bei den Arbeiter/innen nach AfD und CDU einen Stimmenanteil von 20 Prozent erreichen. Die AfD profitiert besonders stark von der Unterstützung von Arbeiter/innen und den Stimmen von Selbständigen. Die SPD-Wähler/innen sind tendenziell eher Senior/innen, Beamt/innen sowie Wähler/innen mit formal niedriger Bildung.

FDP und AfD punkten besonders stark bei den Selbständigen. Gleiches gilt für die CDU, die darüber hinaus insbesondere von Älteren, Selbständigen sowie Wähler/in-

nen mit formal einfacher Schulbildung häufiger gewählt wird als von anderen Gruppen. Im Gegensatz zu den Grünen verliert die CDU auch bei Beamt/innen und damit einer Wählergruppe, die den Christdemokraten traditionell nahesteht.

4.4 Detaillierte Befunde zum Wahlverhalten

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Stimmanteile aufgeschlüsselt nach regionalen Merkmalen zeigen sich einige durchaus bekannte Muster: In Großstädten schneiden Grüne (37 Prozent), SPD (12,3 Prozent) und Linke (6,1 Prozent) überdurchschnittlich gut ab. Werden darüber hinaus die Einwohnerdichte der Wahlkreise verglichen, zeigt sich, dass in Wahlkreisen mit hoher Einwohnerdichte der Stimmenanteil der Grünen bei durchschnittlich 36 Prozent liegt. In Wahlkreisen mit mittlerer Einwohnerdichte kommen die Grünen auf 33 Prozent und bei niedriger Einwohnerdichte auf 28,2 Prozent. Es gibt also erkennbare Unterschiede, die sich bei der CDU genau umgekehrt abzeichnen. Sie kommt in Großstädten im Schnitt gerade mal auf 19,2 Prozent und hat eher höhere Anteile bei geringer Einwohnerdichte (28,9 Prozent).

Sofern der Anteil am produzierenden Gewerbe als Indikator für wirtschaftliche Struktur vor Ort genommen wird, zeigt sich auf den ersten Blick ein erwartbares Muster: Die Grünen sind besonders stark (37,4 Prozent), wenn der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe niedrig ist (niedrig = unter 30 Prozent; CDU 19,9 Prozent) und die CDU ist eher stark, wenn der Anteil hoch ist (hoch = über 45 Prozent; CDU 26,4 Prozent). Für die FDP lassen sich ähnliche Zusammenhänge zwischen Stimmenanteile und wirtschaftlicher Struktur vor Ort feststellen wie für die CDU, wenngleich auf niedrigerem Niveau. Hervorzuheben ist jedoch, dass auch in den Regionen mit größerer Bedeutung des produzierenden Gewerbes die Stimmanteile für die Grünen im Durchschnitt über denen der CDU liegen (29,3 Prozent).

Strukturwandel in Regionen lässt sich unter anderem an der Bevölkerungsentwicklung ablesen. Hier steht der Bevölkerungsrückgang als Indikator für die „Flucht“ aus Regionen mit schwachen Entwicklungsperspektiven – sei es in ländlichen Räumen oder strukturschwachen Städten. In den 17 Wahlkreisen mit einem Bevölkerungswachstum von über 4 Prozent erhielten die Grünen durchschnittlich 36,6 Prozent der Stimmen. Bei Bevölkerungsrückgang schneiden die Grünen hingegen relativ gesehen etwas schlechter ab und kommen auf 28,1 Prozent. Auch in diesem Fall ist der Effekt bei der CDU umgekehrt, die im Vergleich zu Wahlkreisen mit starkem Bevölkerungswachstum (CDU dort 22,1 Prozent) in schrumpfenden Wahlkreisen mit 26,4 Prozent der Stimmen etwas besser abschneidet. Auch die AfD holt in Wahlkreisen mit Bevölkerungsverlusten relativ gesehen mehr Stimmen.

Abschließend noch ein Blick auf die Wahlkreisergebnisse. Der Zugewinn für die Grünen von 2,4-Prozentpunkten im Landesdurchschnitt ergibt sich aus 62 Wahlkreisen, in denen das Ergebnis der letzten Landtagswahl verbessert wurde, und acht Wahlkreisen, in denen die Stimmanteile zurückgingen. Beginnend mit dem positiven Trend, ist darüber hinaus zu vermerken, dass es fünf Wahlkreise gibt, in denen mehr als vierzig Prozent der Wähler/innen den Grünen ihre Stimme gaben (Stuttgart I 44,8 Prozent, Konstanz 42,1 Prozent, Heidelberg 41,7 Prozent, Freiburg I

40,3 Prozent und Freiburg II 40,2 Prozent). Neben diesen städtischen grünen Hochburgen zählen die Regionen Südlicher Oberrhein (36,8 Prozent) und Hochrhein-Bodensee (36,8 Prozent) zu den Gebieten mit besonders starker Grünen-Wählerschaft. Mit 6,7 Prozent-Punkten gewannen die Grünen am stärksten im Wahlkreis Waldshut, dicht gefolgt vom Wahlkreis Weinheim mit einem Zugewinn von 6,4 Prozent-Punkten. Gewinne von vier Prozentpunkten und mehr konnten in insgesamt zwölf Wahlkreisen erreicht werden.

Zu den Regionen, in denen die Grünen im Landesvergleich weniger starke Ergebnisse einholen konnten, gehören Heilbronn-Franken (28 Prozent), Ostwürttemberg (27 Prozent) und die Region Nordschwarzwald (27,7 Prozent). In vier Wahlkreisen erhielten die Grünen 25 Prozent und weniger (Aalen 25 Prozent, Freudenstadt 24,7 Prozent, Backnang 24 Prozent, Neckar-Odenwald 23,7 Prozent). Jedoch lag der Stimmanteil selbst in Neckar-Odenwald, dem Wahlkreis mit den landesweit geringsten Stimmen für die Grünen, mit 23,7 Prozent immer noch deutlich über zwanzig Prozent. Die stärksten Verluste im Vergleich zu den letzten Wahlen ergaben sich in Aalen (-0,9), Sigmaringen (-1,1) und Balingen (-2,5 Prozentpunkten). Balingen ist darüber hinaus einer von fünf Wahlkreisen, in den die CDU ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Wahl leicht verbessern konnte (+3,1 Prozent Punkte). Der Anteil der Stimmen für die AfD nahm in allen 70 Wahlkreisen ab (beachtenswert etwa der zweistellige Rückgang in Mannheim I um 10,3 Prozent-Punkte). Die SPD konnte sich lediglich in fünf Wahlkreisen leicht verbessern und erzielt landesweit nur noch in Mannheim I (21,7 Prozent) und Heidenheim (20,2 Prozent) Stimmanteile über zwanzig Prozent.

Die FDP hingegen konnte ihre Stimmanteile in fast allen Wahlkreisen erhöhen und ist insbesondere in der Region Nordschwarzwald (in der die Grünen eher schwächere Ergebnisse erzielen) mit durchschnittlich 14,4 Prozent verhältnismäßig stark. Die Linken, die erneut den Einzug in den Landtag verpassten, kamen in 11 städtischen Wahlkreise auf Stimmanteile über 5 Prozent und erreichten ihr bestes Ergebnis in Freiburg mit 11,2 Prozent.

Anhang 1: Wählerwanderung

Wählerwanderung CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
GRÜNE	75.000	145.000	-70.000
AfD	95.000	25.000	70.000
SPD	25.000	35.000	-10.000
FDP	45.000	95.000	-50.000
Andere	10.000	45.000	-35.000
Parteien (Summe)	250.000	345.000	-95.000
Nichtwähler/innen	85.000	165.000	-80.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	115.000	-75.000
Zu-/Fortgezogene	65.000	80.000	-15.000
Weitere Gruppen (Summe)	190.000	360.000	-170.000
Wählerströme insgesamt	440.000	705.000	-265.000
Wählerstamm	740.000	740.000	
Wähler/innen 2021 und 2016	1.180.000	1.445.000	-265.000

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
GRÜNE	80.000	115.000	-35.000
CDU	35.000	25.000	10.000
AfD	10.000	5.000	5.000
FDP	10.000	25.000	-15.000
Andere	15.000	40.000	-25.000
Parteien (Summe)	150.000	210.000	-60.000
Nichtwähler/innen	40.000	90.000	-50.000
Erstwähler/Verstorbene	30.000	55.000	-25.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	40.000	-10.000
Weitere Gruppen (Summe)	100.000	185.000	-85.000
Wählerströme insgesamt	250.000	395.000	-145.000
Wählerstamm	285.000	285.000	
Wähler/innen 2021 und 2016	535.000	680.000	-145.000

Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
GRÜNE	45.000	25.000	20.000
CDU	95.000	45.000	50.000
AfD	50.000	10.000	40.000
SPD	25.000	10.000	15.000
Andere	10.000	40.000	-30.000
Parteien (Summe)	225.000	130.000	95.000
Nichtwähler/innen	35.000	65.000	-30.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	40.000	0
Zu-/Fortgezogene	20.000	25.000	-5.000
Weitere Gruppen (Summe)	95.000	130.000	-35.000
Wählerströme insgesamt	320.000	260.000	60.000
Wählerstamm	195.000	195.000	
Wähler/innen 2021 und 2016	515.000	455.000	60.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung AfD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
GRÜNE	5.000	15.000	-10.000
CDU	25.000	95.000	-70.000
SPD	5.000	10.000	-5.000
FDP	10.000	50.000	-40.000
Andere	10.000	45.000	-35.000
Parteien (Summe)	55.000	215.000	-160.000
Nichtwähler/innen	25.000	135.000	-110.000
Erstwähler/Verstorbene	20.000	50.000	-30.000
Zu-/Fortgezogene	5.000	50.000	-45.000
Weitere Gruppen (Summe)	50.000	235.000	-185.000
Wählerströme insgesamt	105.000	450.000	-345.000
Wählerstamm	365.000	365.000	
Wähler/innen 2021 und 2016	470.000	815.000	-345.000

Wählerwanderung GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	145.000	75.000	70.000
AfD	15.000	5.000	10.000
SPD	115.000	80.000	35.000
FDP	25.000	45.000	-20.000
Andere	35.000	105.000	-70.000
Parteien (Summe)	335.000	310.000	25.000
Nichtwähler/innen	105.000	145.000	-40.000
Erstwähler/Verstorbene	90.000	105.000	-15.000
Zu-/Fortgezogene	85.000	95.000	-10.000
Weitere Gruppen (Summe)	280.000	345.000	-65.000
Wählerströme insgesamt	615.000	655.000	-40.000
Wählerstamm	965.000	965.000	
Wähler/innen 2021 und 2016	1.580.000	1.620.000	-40.000

Die Autorin

Stefanie John ist Referentin für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Parteien- und Parteiensystemforschung. Darüber hinaus analysiert sie Entwicklungen im politischen System der Bundesrepublik unter Einbezug der europäischen Ebene.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Stefanie John **E** john@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: März 2021

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.